

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 20 (1928)

Heft: 12

Artikel: Die weltwirtschaftliche Lage der Landwirtschaft

Autor: Baade, Fritz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352366>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

20. Jahrgang

DEZEMBER 1928

No. 12

Die weltwirtschaftliche Lage der Landwirtschaft.

Von Fritz Baade,

Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, Berlin.

Die Landwirtschaft ist heute in allen europäischen Ländern und eigentlich auch ausserhalb Europas das Sorgen- und Pflegekind der Wirtschaftspolitik. Die Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien aller Länder, nehmen an dieser aufbauenden und pfleglichen Agrarpolitik den tätigsten Anteil, wenn sie auch oft über die Mittel und Wege, wie der Landwirtschaft am besten zu helfen sei, anderer Meinung sind als die Vertreter bürgerlicher Parteien oder der landwirtschaftlichen Organisationen selber. Um die besondere Lage der Landwirtschaft im heutigen weltwirtschaftlichen und besonders im europäisch-wirtschaftlichen Zusammenhang richtig zu verstehen, ist es nützlich, den Blick zurückzulenken auf die grosse Krisis, welche über die europäische Landwirtschaft im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts hereingebrochen ist. Gerade der Vergleich jener Krisis und der heutigen zeigt besonders deutlich die grundlegenden Unterschiede in der weltwirtschaftlichen Situation und führt zu der Erkenntnis, dass die Mittel, mit denen heute der Landwirtschaft geholfen werden kann, grundsätzlich andere sein müssen, als bei der Agrarkrisis der siebziger, achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte die Landwirtschaft in allen europäischen Ländern, vor allem aber in den am meisten industrialisierten Ländern, eine Reihe von Jahrzehnten mit sehr günstiger wirtschaftlicher Entwicklung hinter sich. Die rasche Bevölkerungszunahme, die Steigerung der Kaufkraft der industriellen Bevölkerung und der Ausbau des innerwirtschaftlichen Verkehrsnetzes hatten dazu geführt, die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse rasch zu steigern, vor allem gerade durch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse diejenigen Preise,

die der Landwirt auf seinem Hof erhält. Die Preise der Industrieerzeugnisse waren infolge des industriellen Fortschritts gesunken, und so war das für die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft so entscheidend wichtige Preisverhältnis zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Industrieerzeugnissen für die Landwirtschaft sehr günstig geworden. Zu Beginn der siebziger Jahre trat jedoch ein Umschwung ein, der sich in dem folgenden Jahrzehnt bis zur Jahrhundertwende immer mehr verstärkte. Infolge der raschen Besiedlung der neu erschlossenen Kolonisationsgebiete im Norden von Amerika, mit ihrem unerschöpften, fruchtbaren und leicht zu bearbeitenden Boden und günstigen klimatischen Verhältnissen erfolgte sprunghaft eine gewaltige Vermehrung der Nahrungsmittelerzeugung, und durch die Entwicklung des überseeischen Dampfschiffverkehrs und durch den Ausbau der grossen Eisenbahnlinien in Nordamerika wurden die Lebensmittelüberschüsse dieser Gebiete in gewaltigen Mengen auf die europäischen Märkte geworfen. Es entwickelte sich jener grosse weltwirtschaftliche Gütertausch zwischen überseeischen Agrarprodukten und europäischen Industriewaren, welcher für die rasche Steigerung des industriellen und städtischen Wohlstandes und damit auch z. T. für den wirtschaftlichen Aufstieg der industriellen Arbeiterklasse die breite und tragfähige Grundlage bildete. War es doch dadurch möglich geworden, für eine rasch wachsende industrielle Bevölkerung reichlich Nahrung zu verschaffen, und zwar nicht unter dem Zeichen steigender, sondern sinkender Lebensmittelpreise, und gleichzeitig dieser industriellen Wirtschaft das zu geben, was sie neben dem Brot am allerdringendsten brauchte, nämlich die Arbeitsgelegenheit, d. h. die Absatzmöglichkeit von Industrieprodukten.

Für die Landwirtschaft in Europa trat jedoch ein empfindlicher Rückgang der Preise ein, und wenn auch die Landwirtschaft, insbesondere bei den Qualitätserzeugnissen der bäuerlichen Viehwirtschaft, an dem steigenden städtischen Wohlstand etwas mit profitieren konnte, so war doch jahrzehntelang der Preisrückgang bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen bei weitem überwiegend. Am schwersten wurde die englische Landwirtschaft getroffen, weil dort die Intensität der Betriebsführung am weitesten gediehen war, und die Landwirte bei hohen Bodenpreisen und hohen Pachten sich darauf eingestellt hatten, hohe Aufwendungen bei der Bewirtschaftung ihrer Grundstücke zu machen. Mehrere Millionen von Hektar Ackerland mussten damals in England infolge des Preisrückgangs in Weide verwandelt werden. Bankrotte der landwirtschaftlichen Betriebe erfolgten zu Hunderten und Tausenden, und erst nachdem im Laufe der Krisis die Bodenpreise und die Pachten erheblich gesunken waren, trat ein gewisses Gleichgewicht ein, wobei jedoch die englische Landwirtschaft die Produktivität des vorausgegangenen Preisabschnittes nicht wieder erreichte. In den anderen europäischen Ländern, insbesondere in

Deutschland und Frankreich, versuchte man, die Folgen der billigen überseeischen Konkurrenz für die heimische Landwirtschaft durch Schutzzölle fernzuhalten, wobei jedoch, insbesondere in den neunziger Jahren, die Preisrückgänge am Weltmarkt häufig grösser waren als die Preisstützung durch die Zölle, so dass auch hier krisenhafte Erscheinungen nicht ausblieben. Auch in der Landwirtschaft der kleineren europäischen Länder, insbesondere in Belgien, Holland, Dänemark und der Schweiz machte sich die Weltagrarkrisis stark bemerkbar. Sie wurde in diesen Ländern jedoch ohne Zölle bald überwunden, weil es hier gelang, die landwirtschaftliche Erzeugung vom Getreidebau in grossem Umfange auf die tierische Produktion umzustellen, auf welcher die überseeische Konkurrenz nicht so wirksam war, sondern der steigende städtische Wohlstand nach einem kurzen Rückschlag steigende Preise brachte.

Etwa seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde die Lage der Landwirtschaft wieder günstig. Die Getreidepreise stiegen wieder an, da die Erschliessung neuer Böden in den überseeischen Agrarländern nach abgeschlossener Besiedelung der günstigsten Gebiete in ein langsames Tempo geriet. Wie Professor Sering berechnet hat, eilte die Bevölkerungszunahme in den Ländern mit europäischen Lebensgewohnheiten in dem Zeitraum von 1900 bis 1910 der Zunahme der Getreideanbaufläche voraus. Von einer Ueberproduktion an Getreide war also nicht mehr die Rede, und die Getreidepreise und die Lebensmittelpreise gerieten in eine neue Periode der Steigerung.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat sich zu den Massnahmen, welche in der Agrarkrisis in den verschiedenen Ländern zum Schutze der Landwirtschaft ergriffen wurden, im wesentlichen ablehnend verhalten. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass die Arbeiterbewegung damals politisch keinerlei Macht besass und daher nur in strikter Opposition zur Politik der herrschenden Klassen stehen konnte, zumal da die Schutzpolitik dieser regierenden Klassen durchaus nicht eine Politik zum Schutze der landwirtschaftlichen Erzeugung, sondern in erster Linie eine Politik zum Schutze des Grundbesitzes, in Deutschland sogar bei einseitiger Getreidezollpolitik eine Politik zugunsten des Grossgrundbesitzes und der ostelbischen Junker war. Schon frühzeitig richtete sich die Kritik der Arbeiterparteien auch gegen die Unzulänglichkeit des Mittels, mit welchem die damals regierenden Klassen der Landwirtschaft helfen wollten, nämlich gegen den starren Getreidezoll. Wenn es das Ziel des Getreidezolles sein soll, der Landwirtschaft auskömmliche und sichere Preise zu verschaffen, so zeigte die tatsächliche Wirkung der Zölle in den Schutzzollländern, dass der Zoll angesichts der Schwankungen der Weltmarktpreise hierzu keineswegs imstande ist. Gerade in den Zeiten des stärksten Rückganges der Weltmarktpreise erwiesen sich die politisch ausgehandelten Zollsätze häufig als nicht genügend

wirksam, während die Zollerhöhungen meistens gerade dann in Kraft traten, wenn eine neue Steigerung der Weltmarktpreise begonnen hatte, so dass im Interesse ausgeglichener Preise eigentlich eine Zollsenkung vonnöten gewesen wäre. Der Zoll kann also das einzig sinngemässe Ziel einer Brotpreispolitik, nämlich die Sicherung angemessener Preise für die Erzeuger unter Vermeidung jeder unnötigen Belastung der Verbraucher in keiner Weise erfüllen, sondern er schützt die Erzeuger im Falle wirklicher Preiskatastrophen durchaus ungenügend, um die Verbraucher in solchen Zeiten unnötigerweise zu belasten, wo das Erzeugerinteresse gar keine Preissteigerung erfordern würde. Diese Erkenntnis führt uns schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu einem von Jaurès gestellten Getreidemonopolantrag der französischen Sozialisten, der von der bürgerlichen Mehrheit der französischen Kammer jedoch abgelehnt wurde, obwohl gerade die Preisentwicklung der Jahre nach 1894 zeigte, wieviel wirksamer das Getreidemonopol den Interessen der Landwirtschaft gedient hätte, als die stattdessen von den bürgerlichen Parteien durchgeführte Zollerhöhung.

Von diesem Vorstoss der französischen Sozialisten abgesehen, muss man jedoch sagen, dass die agrarpolitische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in jener Zeit der Agrarkrise nicht übermässig aktiv gewesen ist. Dies ist einmal, wie erwähnt, auf die geringe politische Macht und auf die Oppositionsstellung des Sozialismus zurückzuführen, weiter aber auch darauf, dass die Ernährungslage des städtischen Proletariats in jenen Jahrzehnten des erfolgreichen weltwirtschaftlichen Güteraustausches in keiner Weise gefährdet erschien. Solange die landwirtschaftliche Erzeugung in den überseeischen Ländern in einem ähnlich raschen Tempo stieg, wie die industrielle Erzeugung in Europa, solange war für das Industrie-Proletariat in Europa weder die Ernährungsgrundlage, noch die Arbeitsgelegenheit gefährdet, und die Wirtschaftskrisen, die auch damals in grösseren oder kleineren Abständen das europäische Wirtschaftsleben erschütterten, waren trotz allem Elend, das sie über die Reservearmee der Arbeitslosen brachten, doch im grossen gesehen nur vorübergehende Rückschläge in einer jahrzehntelang sich fortsetzenden wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung. Die Änderungen im weltwirtschaftlichen Güteraus-tausch, die sich bereits in der Zeit von 1900 bis zum Kriege anbahnten, nämlich das verlangsamte Tempo in der überseeischen landwirtschaftlichen Produktionssteigerung, die rasche Industrialisierung des ursprünglich rein agrarisch nordamerikanischen Wirtschaftsgebietes und die davon ausgehende Welle der Lebensmittelpreissteigerung und der erschwerten Absatzbedingungen für europäische Industrieprodukte, traten jedoch bis zum Kriege nicht genügend in Erscheinung, um wirklich Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein zu gewinnen.

Dies änderte sich jedoch mit einem Schlage, als durch den Krieg

und die Nachkriegszeit die fundamentale Bedeutung der Ernährungsfrage allen europäischen Völkern brutal zum Bewusstsein gebracht wurde. Für die Arbeiterbewegung, die ja gerade in den ersten Nachkriegsjahren in den meisten europäischen Ländern zu einer gewaltig verstärkten Machtstellung und zu einer verantwortlichen Mitarbeit an der Regierung und an der Gesetzgebung gelangte, wurde gerade dieses Problem der Lebensmittelversorgung zu einer der Kern- und Kampf-Fragen, nicht nur in den kriegführenden, sondern gerade in den durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen neutralen Ländern. Nach der Beendigung des Krieges und nach Ueberwindung der eigentlichen Lebensmittelschwierigkeiten trat eine andere Frage immer mehr in den Vordergrund, die ebenso wie die Ernährungsfrage letzten Endes eine Agrarfrage ist, nämlich die Frage des Absatzes von Industrieerzeugnissen. Da die europäische städtische Wirtschaft auf jenem weltwirtschaftlichen Gütertausch europäischer Industrieerzeugnisse gegen aussereuropäische Agrarprodukte aufgebaut ist, so muss jede Verringerung des aussereuropäischen Ueberschusses an Lebensmitteln und jede Steigerung der Industrialisierung ausserhalb Europas nicht nur die Ernährungsbasis, sondern gleichzeitig auch die Arbeitsbasis Europas gefährden. Und gerade der Krieg hat dieser Industrialisierung aussereuropäischer Gebiete einen mächtigen Auftrieb gegeben. Das beherrschende Problem in der europäischen Wirtschaftslage wurde daher in den Jahren nach dem Kriege immer mehr die industrielle Arbeitslosigkeit und zwar eine Massenarbeitslosigkeit, als Dauererscheinung, die nach Art und Umfang weit über die Krisenarbeitslosigkeit der Vorkriegsjahre zehnte hinausgeht und daher besonders deutlich die in zwischen eingetretenen weltwirtschaftlichen Veränderungen anzeigt. Es ist kein Zweifel, dass die Basis für eine günstige Aufwärtsentwicklung der europäischen Landwirtschaft und damit auch für die Entwicklung des Reallohnes der europäischen Industriearbeiterschaft sich durch diese weltwirtschaftliche Entwicklung höchst ungünstig verändert hat, und dass es daher eine Lebensfrage für die ganze europäische Wirtschaft und insbesondere für die Arbeiterbewegung ist, anstelle der verlorenen Ernährungs- und Absatzgebiete sich neue Gebiete zu erschliessen, die insbesondere auch in der heimischen, europäischen Landwirtschaft liegen können. Wenn die gesamte Wirtschaftspolitik der Vorkriegszeit und auch die Arbeiterbewegung die Fragen der heimischen Landwirtschaft damals als Fragen von geringerer unmittelbarer Bedeutung behandeln konnte, so entspricht dies heute bei verschlechterten weltwirtschaftlichen Austauschbedingungen keineswegs mehr der Situation, und die Entfaltung brachliegender Produktivkräfte in der europäischen Landwirtschaft und brachliegender Absatzmöglichkeiten für die industrielle Ueberproduktion durch Hebung der europäischen landwirtschaftlichen Kaufkraft sind daher zu I n d u -

strie-Arbeiterfragen allerersten Ranges geworden.

Nun sollte man meinen, dass die Verringerung des weltwirtschaftlichen Lebensmittelüberflusses von ganz allein höchst günstigen Wirtschaftsbedingungen für die europäische Landwirtschaft geschaffen haben müsste. Trotzdem sehen wir aber, dass seit 1920 über die Landwirtschaft der meisten europäischen Länder ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten hereingebrochen sind, die man zum Teil mit der Agrarkrisis der vorigen Jahrhunderts verglichen hat, und dass noch heute die Landwirtschaft in allen europäischen Ländern unter ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden hat. Es ist hier nicht möglich, die Besonderheit dieser landwirtschaftlichen Schwierigkeiten in den einzelnen europäischen Ländern eingehend zu schildern; nur soviel kann gesagt werden, dass der Vergleich mit der Agrarkrisis des vorigen Jahrhunderts durchaus irreführend ist. Soweit die Ursachen für die gegenwärtigen landwirtschaftlichen Schwierigkeiten überhaupt bei der Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse liegen, beruhen sie nicht auf einer allgemeinen Weltüberproduktion, wie damals, sondern, und dies kam besonders in den Krisenjahren von 1920 bis 1923 deutlich zum Ausdruck, in der zu geringen Konsumkraft der europäischen Industriebevölkerung. Die Hauptrolle spielte dabei die Verelendung der industriellen Massen in Deutschland und Oesterreich infolge der Inflationsverhältnisse. Die Stabilisierung der Währung in Deutschland und Oesterreich und die seither zu beobachtende langsame Besserung der Reallöhne in beiden Ländern hat dann auch die schärfsten Ausprägungen der landwirtschaftlichen Krisis zum Verschwinden gebracht. Trotzdem kann nicht geleugnet werden, dass noch heute in allen europäischen Ländern ernsthafte Schwierigkeiten in der Landwirtschaft bestehen, und dass insbesondere die europäische Landwirtschaft in fast allen Ländern nicht die Leistungen als Nährboden und als Absatzbasis für die europäische Gesamtwirtschaft vollbringt, die an und für sich im allgemeinen Interesse zu wünschen und zu fordern wären. Da dieses allgemeine Interesse nun fast vollkommen zusammenfällt mit dem Interesse der industriellen Arbeiterklasse, so ist die vornehmste Aufgabe der sozialistischen Agrarpolitik, alles daranzusetzen, um das Versäumte auf diesem Gebiete nachzuholen. Insbesondere muss eine sozialistische Agrarpolitik eine planmässige Produktionspolitik sein, die dafür sorgt, dass die brachliegenden Produktivkräfte zum Leben erweckt und insbesondere die Landwirtschaft überall zur Anwendung der modernen technischen Fortschritte instand gesetzt wird. Fragen des landwirtschaftlichen Unterrichts- und Beratungswesens, des Meliorationswesens, des Genossenschaftswesens und eines im Dienste der Produktionssteigerung stehenden landwirtschaftlichen Kreditwesens sind daher heute gerade auch für die Industriearbeiterschaft höchst wichtige Probleme geworden.

Die Sicherung angemessener Preise für die Arbeitserzeugnisse des landwirtschaftlichen Betriebes hat dabei jedoch nichts von ihrer Bedeutung als Kardinalfrage verloren, nur wäre die Landwirtschaft auf völlig falschem Wege, wenn sie angesichts der heutigen weltwirtschaftlichen Situation die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage durch eine einseitige Belastung der Verbraucher erzwingen wollte. Da die Preisschwierigkeiten ja nicht aus einer allgemeinen Ueberschneidung, sondern aus einer Unterkonsumtion stammen, wäre eine Belastung der Verbraucher das allertörichteste Mittel. Die Preis- und Absatzschwierigkeiten der Landwirtschaft drücken sich ja ausserdem nicht in allgemein zu niedrigen Preisen aus, sondern in den starken Preisschwankungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und in der allzu grossen Preisspanne zwischen den Preisen, die der Landwirt erhält, und den Preisen, die der Verbraucher bezahlen muss. Nicht eine gegen die Verbraucher gerichtete Politik kann daher der Landwirtschaft helfen, sondern nur eine ehrliche Verständigung zwischen der schaffenden Landbevölkerung und der industriellen Arbeiterschaft, zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern von Lebensmitteln. Die Fragen der landwirtschaftlichen Preisbildung sind in erster Linie Organisationsfragen, und sie können nur gelöst werden, wenn Erzeuger und Verbraucher sich zusammenfinden zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Preisschwankungen und den übermässigen Zwischenhandel, und wenn das wirre Durcheinander in der Erzeugung und im Absatz von Lebensmitteln allmählich durch planmässige Marktübersicht und Marktbeeinflussung, d. h. also letzten Endes durch die vom Sozialismus geforderte Bedarfsdeckungswirtschaft überwunden wird.

Gewerkschaften und Arbeitersport.

Von Martin Meister.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war der grossen Masse der arbeitenden Bevölkerung der Weg zur systematischen sportlichen Betätigung verschlossen. Der Sport war das Privileg der besitzenden Klasse. Ausreichende Ernährung und Freizeit sind die ersten Erfordernisse, um überhaupt Sport treiben zu können. Diese beiden Voraussetzungen fehlten in der Zeit der frühkapitalistischen Produktionsweise der arbeitenden Klasse. Die Arbeiterjugend wurde bereits im zarten Kindesalter von 8—10 Jahren von der Fabrik erfasst, nicht nur den Tag über, sondern halbe, oft sogar ganze Nächte hindurch festgehalten. Erst im Jahre 1854 erliess zum Beispiel der fortschrittlich gesinnte Kanton Zürich ein Gesetz, das Kinder unter 12 Jahren von der Fabrikarbeit und Jugendliche bis zum 16. Altersjahre von Nacht- und Sonntagsarbeit ausschloss. Die Arbeitszeit betrug für die Jugendlichen 13 Stunden pro Tag und die Festsetzung einer einstündigen Mittagspause und